

Österreichischer
Gewerkschaftsbund

Berufsbildung



Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
zH Dr. Erwin Neumeister
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
BMWF-52.250/0163-I/6/2007

Unser Zeichen, BearbeiterIn
Pri/CI, Leeb

Klappe (DW) Fax (DW)
466 100 467

Datum
02.10.2007

Entwurf einer Novelle des Universitätsgesetzes 2002;

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des o.a. Entwurfes und gibt folgende Stellungnahme ab:

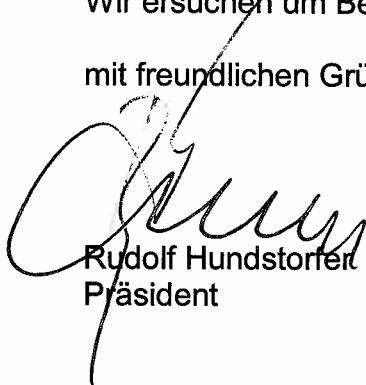
Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat sich in seinen Beschlüssen immer klar für den freien Hochschulzugang ausgesprochen.

Zugangsbeschränkungen, und mögen diese auch noch so „verantwortungsvoll“ eingesetzt werden, stellen für uns nicht die Lösung der universitären Probleme (z. B. die Betrdeungsrelation Studierende/Professoren) dar. Sie dienen aus unserer Sicht nur dazu aktuelle Probleme kurzfristig auf dem Rücken der Studierenden zu auszutragen.

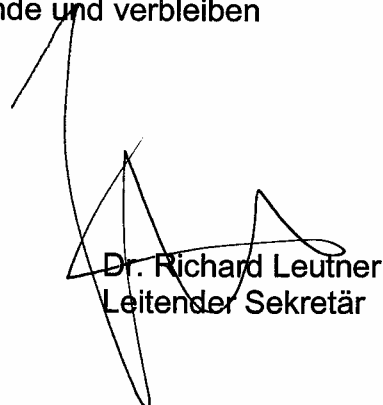
Wir versprechen uns daher gegen eine Verlängerung des § 124b Abs. 1 aus.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Einwände und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Rudolf Hundstorfer
Präsident



Dr. Richard Leutner
Leitender Sekretär

NEUE ADRESSE.
1010 Wien, Laurenzberg 2

Telefon +43 1 534 44-Dw
Telefax +43 1 534 44-Dw

Internet www.oegb.at
E-Mail oegb@oegb.or.at

BAWAG AG, Kto. Nr. 01010-225-007
PSK, Kto. Nr. 1808.005

Dieses Dokument wurde am 02.10.2007 Mail vom Verfasser-Nr. 004655 gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.